

(Korruptions)- Freier Gemeinderatsklub

GR Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 14. Dezember 2022

Betreff: Proteste der Klima-Chaoten
Dringlicher Antrag

Ohne Zweifel stellen die Versammlungs- bzw. Demonstrationsfreiheit hohe und schützenswerte Grundrechte in einem jeden Rechtsstaat dar, welche auch zurecht in der Verfassung verankert und durch diese geschützt werden. Demonstrations- bzw. Protestformen, die zum Schaden der großen Anzahl der Bürger führen sowie dem öffentlichen Interesse massive zuwiderlaufen, fallen aber nicht darunter.

Nahezu täglich finden mittlerweile auch in Österreich höchst destruktive Demonstrationen von sogenannten „Klima-Aktivisten“ statt, die sich im Namen des Klimaschutzes an neuralgischen Verkehrsknotenpunkten am Asphalt mit ihren Händen ankleben. Auch unsere Landeshaupt Graz ist von dieser Form der fragwürdigen Demonstrationen durch radikale Klimahysteriker bislang leider nicht verschont geblieben.

Der Straßen- bzw. Flugverkehr wird dadurch oftmals zum Schaden und dem Ärger der großen Mehrheit der Bürger über Stunden lahmgelegt. Die Folge sind massive Staubbildungen bzw. Verspätungen aller Verkehrsteilnehmer. Zu Recht hat die überwiegende Mehrheit der Bürger keinerlei Verständnis für diese Klima-Chaoten und ihre höchst destruktive (und nutzlose) Form des Protests.

Ein Blick in das europäische Ausland zeigt, dass auch in vollentwickelten Rechtsstaaten eine Einschränkung des Versammlungs- bzw. Demonstrationsrechts hinsichtlich dieser Form des Protests der Klima-Kleber rechtlich möglich ist. So hat etwa Bayerns Landeshaupt München diesbezügliche Demonstrationen sowie auch die Organisation derartiger Proteste der sogenannten Klimaaktivisten mit dem Argument „der präventiven Gefahrenabwehr“ untersagt, da die Hauptstraßen für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge jederzeit ungehindert befahrbar sein müssen.

Auf Grund der jüngsten Straßenblockaden der Klima-Chaoten, die das Versammlungs- und Demonstrationsrecht zum Nachteil der großen Mehrheit der Grazer Bürger missbrauchen, besteht auch in der Murmetropole der dringende Bedarf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zur konsequenten Unterbindung dieser Form des Protests der Klima-Kleber gemeinsam mit den zuständigen Sicherheitsbehörden auszuloten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz wollen mit der Landespolizeidirektion als zuständige Sicherheitsbehörde in Kontakt treten und eruieren, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, die im Motiventext erwähnte Gefährdung durch die Klima-Chaoten zu unterbinden.